



Neues aus dem Landtag

Sep. 2020



Rüdiger Kauroff ist Landtagsabgeordneter für Garbsen und die Wedemark. Er betreut zusätzlich Isernhagen und Langenhagen. Seit 2017 setzt er sich für Ihre Interessen im Niedersächsischen Landtag ein. **Rüdiger Kauroff** ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitales sowie Mitglied im Petitionsausschuss. Darüber hinaus ist er Ständiger Vertreter im Innenausschuss und Sprecher für Feuerwehr- und Katastrophenschutz seiner Fraktion.

Was ist im September in Niedersachsen und im Wahlkreis passiert?

Neues aus dem Plenum

Der Niedersächsische Weg

Haushalt 2021

Mein Statement zu Moria

Verbesserung des Kinderschutzes durch unsere Enquete-Kommission

Fahrradtour zum „Welt-Kindertag“

Brand- und Hilfeleistungsbericht der Niedersächsischen Feuerwehren 2019



Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Freund*innen,

nach der Sommerpause im Landtag begann im September wieder die Sitzungszeit im niedersächsischen Landtag!

Mit der Regierungserklärung unter dem Titel „Aktuelle Coronalage in Niedersachsen“ schilderte unser Ministerpräsident sehr deutlich, dass wir in Niedersachsen auf einem guten und stabilen Weg sind, jedoch bei weitem nicht die Corona-Pandemie überstanden haben. Einen Blick auf unsere Europäischen Nachbarländer zeigt deutlich, dass unser umsichtiges und konsequentes Handeln unser Gesundheitssystem stabil hält, um allen Betroffenen die bestmögliche Versorgung zukommen zu lassen. Die SPD-geführte Landesregierung hat in dieser schweren Krise unter Beweis gestellt, dass sie dieses Land ruhig durch die Krise führt.



In dem September- Plenarabschnitt wurde der Haushaltsplanentwurf 2021 eingebracht. Aufgrund unseres weitsichtigen Handelns, konnten wir feststellen, dass mit den beiden Nachtragshaushalten 2020 die notwendigen finanziellen Grundsteine gelegt wurden, um den Haushalt 2021 zu sichern. Wir sichern die gegebenen Strukturen und können trotz der historischen Kreditaufnahmen die angefangenen Projekte fortführen. Beispielhaft ist hier die Finanzierung des „**Niedersächsischen Weges**“ für mehr Umwelt-, Arten-, Wald- und Gewässerschutz hervorzuheben, die in konstruktiver Zusammenarbeit von allen betroffenen Seiten erarbeitet wurde.

Mit unserer Aktuellen Stunde zum Thema „**Kurs halten in der Krise: Ausbildung weiter stärken!**“ haben wir einen besonderen Fokus auf die Wichtigkeit des deutschen Ausbildungssystems – gerade in der Corona-Krise – gelegt. Unser Ausbildungssystem ist eine Grundsäule für die stabile wirtschaftliche Lage in Deutschland und bietet jungen Menschen berufliche Zukunftsperspektiven.

Mit einem „Aktionsplan Ausbildung“ für Niedersachsen will die Landesregierung bestehende Ausbildungsplätze schützen und neue Ausbildungsverträge fördern. 18 Millionen Euro hat das Land dafür bereitgestellt. Das neue Landesprogramm zielt auf die Auszubildenden und die Ausbildungsbetriebe ab und soll dazu beitragen, die Auswirkungen der Covid 19–Pandemie für den regionalen Ausbildungsmarkt zu minimieren. Wir als SPD-Fraktion begrüßen diesen Aktionsplan außerordentlich!

Ich wünsche euch allen nur das Beste – Bleibt bitte gesund!



Niedersächsischer Weg jetzt gesetzlich verankern - Meilenstein für den Umwelt- und Naturschutz:

Es ist eine bundesweit einmalige Vereinbarung, die Landesregierung, Landvolk, Landwirtschaftskammer sowie Natur- und Umweltverbände getroffen haben: der „Niedersächsische Weg“.

In der Plenarsitzung im September wurden die Gesetzesänderungen zur Umsetzung des gemeinsamen Vorhabens für Natur- und Artenschutz erstmals beraten. „Der Gesetzentwurf ist ein entscheidender Schritt, um die gemeinsamen Anstrengungen bei Natur- und Artenschutz auch gesetzlich zu verankern. Wir setzen damit die Übereinkünfte, die alle beteiligten Akteure getroffen haben, in konkrete Gesetzesänderungen um. Die Vorbereitung zum Niedersächsischen Weg ist eine Premiumleistung von Umweltminister Olaf Lies sowie Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast und ein Leuchtturm von Niedersachsen in Richtung Berlin“, erklärt der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Marcus Bosse.



„Besonders die Landwirte nehmen für den Niedersächsischen Weg Abstriche in Kauf. Doch dadurch, dass der Niedersächsische Weg im Dialog entstanden ist, schaffen wir auch für diese Einschnitte Akzeptanz. Außerdem werden wir Ausgleichszahlungen auf den Weg bringen“, erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete, Rüdiger Kauroff.

Der Niedersächsische Weg umfasst ein Paket mit einer Vielzahl an angestrebten Maßnahmen. „Wir wollen

beispielsweise den Anteil der versiegelten Flächen reduzieren – bis 2030 auf 3 ha pro Tag, bis 2050 auf eine Netto-Null-Neuversiegelung“, so Kauroff.

„Auch der Ausbau des Ökolandbaus ist eine wichtige Säule. Mit dem Niedersächsischen Weg wollen wir den Anteil des Ökolandbaus bis 2025 auf 10 Prozent erhöhen, bis 2030 sogar auf 15 Prozent!“, schließt Kauroff.

Der Haushaltsplanentwurf liefert richtige Antworten auf die Krise:

In der vergangenen Plenarsitzung hat der Niedersächsische Landtag den Haushaltsplanentwurf der Landesregierung debattiert. Dazu erklärt SPD-Landtagsabgeordnete, Rüdiger Kauroff: „Die Haushaltsberatungen stehen in diesem Jahr vor noch nicht dagewesenen Vorzeichen. Das Jahr, in dem die Schuldenbremse in Niedersachsen in Kraft getreten ist, wurde gleichzeitig zum Jahr der größten Neuverschuldung. Das Coronavirus hat den niedersächsischen Bürgerinnen und Bürgern und den zahlreichen Betrieben und Unternehmen in unserem Bundesland einiges abverlangt. Aber auch die Landeskasse steht vor großen finanziellen Herausforderungen.“

Nachdem der Landtag bereits zwei Nachtragshaushalte auf den Weg gebracht und große Finanzmittel zur Krisenbewältigung der Corona-Pandemie bereitgestellt hat, muss der Haushalt für das Jahr 2021 auf neue politische Schwerpunkte verzichten. „Wir wollen einen Haushalt mit Augenmaß beschließen, der unser Bundesland solide, krisensicher und zukunftsorientiert durch die derzeitigen schweren Zeiten bringt“, so Kauroff weiter. Der Haushalt sieht ein Volumen von rund 35,9 Milliarden Euro vor.

„Wir alle hoffen, dass die Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene Wirkung erzielen, die Wirtschaft ankurbeln und wir im Jahr 2021 wieder Wachstum generieren können. Auch wenn die Mindereinnahmen für das 2020 nicht so desaströs ausfallen werden, wie befürchtet, kommt es zu einer negativen Verschiebung für die Folgejahre. Für Niedersachsen gilt: Das Gesundheitssystem stabil zu halten, die Wirtschaft sukzessive wieder hochzufahren, und vor allem das Infektionsgeschehen niedrig zu halten“, schildert der SPD-Politiker. Zentrale Vorhaben wie der Umweltschutz und die Bekämpfung des Klimawandels bleiben trotz der Corona-Krise von wichtiger Bedeutung, hebt Kauroff hervor. „Aus dem Jahresabschluss 2019 sind insgesamt 380 Millionen Euro für den Klima-, Arten- und Waldschutz vorgesehen. Allein 150 Millionen Euro sind davon für den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Klimafolgenanpassung im Bereich des Wassermanagements und des Hochwassers eingeplant.“

Im Bereich Artenschutz sollen mit insgesamt 120 Millionen Euro Maßnahmen finanziert werden, die sich aus der Vereinbarung der Landesregierung mit den Umweltverbänden ergeben, dem „Niedersächsischen Weg“. Auch dem Schutz und der Wiederaufforstung der niedersächsischen Wälder kommt im Haushalt eine wichtige Rolle zu.

„Darüber hinaus investieren wir weiterhin massiv in den sozialen Wohnungsbau, fördern Krankenhausinvestitionen in unserem Bundesland und investieren in unsere Hochschulen. Insgesamt stärken wir weiterhin den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Bundesland, investieren in unser Bildungssystem und bauen soziale Ungleichheiten ab. Wir meistern die Krise, erhalten Strukturen und stellen wichtige Zukunftswegweiser!“

Mein Statement zur Situation in Moria:

Die Zustände im griechischen Lager Moria waren schon vor den Ausbrüchen der verheerenden Brände eine humanitäre Katastrophe. Nachdem rund 13.000 Menschen bereits zuvor Leid und Elend in ihrer Heimat ertragen mussten und eine beschwerliche und traumatische Flucht auf sich genommen haben, sind diese nun mittellos und buchstäblich auf der Straße lebend auf der griechischen Insel Lesbos gestrandet.

Die Bilder, die uns aus Moria erreichen, empfinde ich als beschämend für die Europäische Union. Wir dürfen die schutzsuchenden und notleidenden Menschen nicht im Stich und ihrem eigenen Schicksal überlassen! Es ist unsere humanitäre Verantwortung, diesen Zuständen vor Ort ein Ende zu setzen.

Es steht außer Frage, dass es ein gerechtes europäisches Asylsystem geben muss. Es braucht einen fairen Verteilungsmechanismus der Mitgliedsstaaten. Allerdings können und werden wir nicht hinsehen, wenn die Orbans und Dudas in Europa jeden Funken Menschlichkeit blockieren! Europa muss ein sicherer Hafen sein und denjenigen, die vor politischer, sexueller oder religiöser Verfolgung fliehen, Schutz bieten. Wir dürfen uns von den Rechtspopulisten, deren tägliches Geschäft die Angst ist, nicht den Takt diktieren lassen. Wo kommen wir hin, wenn wir Anstand, Moral und Nächstenliebe über Bord werfen?

Es sind drei Bausteine notwendig, um dieses Elend zu beenden: Zum einen braucht es schnelle und humanitäre Katastrophenhilfe. Außerdem benötigen wir eine schnelle Aufnahme der Geflüchteten, damit die Zustände des Lagers Moria der Vergangenheit angehören. Drittens braucht eine schnelle und europaweite Lösung. Im Übrigen sind die Zugeständnisse von Innenminister Seehofer, 1.500 Menschen aufzunehmen, ein Tropfen auf dem heißen Stein – wie verantwortungsvolle, menschenorientierte Politik geht, zeigt unter anderem SPD-

Minister Pistorius in Niedersachsen, der bereits erklärte, dass allein Niedersachsen bereit ist, 500 Geflüchtete aufzunehmen. Es muss Schluss mit Symbolpolitik und Lippenbekenntnissen sein.

Enquetekommission zur Verbesserung des Kinderschutzes – Fälle von Kindesmissbrauch und sexueller Gewalt an Kindern verhindern:

Der Niedersächsische Landtag hat in seiner vergangenen Plenarsitzung die Einrichtung einer Enquetekommission zur Verbesserung des Kinderschutzes und zur Verhinderung von Missbrauch und sexueller Gewalt an Kindern in erster Lesung debattiert. Der SPD-Landtagsabgeordnete, Rüdiger Kauroff, erklärt: „Auch, wenn unsere Landesverfassung in Artikel 4a den Schutz und die Unversehrtheit von Kindern und Jugendlichen vor körperlicher und seelischer Vernachlässigung und Misshandlung festschreibt, stellen wir fest, dass die Fälle, bei denen Kinder und Jugendliche sexuelle Gewalt und Missbrauch erleiden, signifikant sind. Das Bundeskriminalamt zählt mehr als 13.000 Fälle, wobei die Dunkelziffer deutlich höher liegen wird. Das ist ein Zustand, den wir so nicht hinnehmen dürfen. Nicht nur die Politik, sondern die gesamte Gesellschaft ist gefordert, zu sagen, dass Kindesmissbrauch keinen Platz in Deutschland hat!“

Durch das Internet und soziale Netzwerke ist die Möglichkeit für potenzielle Täter deutlich leichter geworden, in Kontakt zu ihren Opfern zu treten. Gleichwohl findet auch ein erheblicher Teil der sexuellen Gewalt und des Kindesmissbrauchs innerhalb von bestehenden Familienstrukturen statt. Um die Vielschichtigkeit der Problematik zu beleuchten und diverse Akteure aus Wissenschaft, von Opferverbänden und aus der Kriminalistik zu beteiligen, haben sich die demokratischen Fraktionen in Niedersachsen auf die Errichtung einer Enquetekommission verständigt. „Mit einer Enquetekommission wollen wir die verschiedensten Erkenntnisse, die bereits auf Landesebene gesammelt und erarbeitet worden sind, bündeln und die Ergebnisse zusätzlich zusammenführen.“

Ziel ist es, Handlungsempfehlungen und politische Umsetzungsmöglichkeiten aufzuzeigen und letztlich dem Schutzauftrag Sorge zu zollen“, so der SPD-Politiker weiter.

Die Enquetekommission soll sich aus 15 Mitgliedern des Landtages und bis zu vier externen Sachverständigen zusammensetzen. Mit einem breitangelegten Auftrag soll sie die Komplexität des Themenfeldes großflächig bearbeiten und neben präventiven Aspekten auch Strukturen kritisch hinterfragen sowie rechtspolitische Fragestellungen bearbeiten. „Über allem steht: Kinderschutz muss stets höchste Priorität genießen. Wir freuen uns auf die weiteren Beratungen und können hoffentlich alsbald möglich mit der Arbeit der Kommission starten. Denn für uns ist klar, dass jeder Fall von sexueller Gewalt ist einer zu viel!“, stellt Kauroff klar.

Fahrradtour zum Welt-Kindertag:

Der Weltkindertag am 20. September macht alljährlich auf die Kinderrechte aufmerksam, damit die besonderen Rechte und Bedürfnisse von Kindern auf der ganzen Welt gestärkt werden. Leider muss immer wieder darauf hingewiesen werden, weil Kindern und Jugendlichen weltweit und auch in Deutschland oft Grausames angetan wird.

Dem SPD- Landtagsabgeordneten Rüdiger Kauroff ist es wichtig, dass Kinderrechte weiter im Focus bleiben und Kinderschutz immer an erster Stelle steht. Unter Vorsitz der SPD soll im Oktober eine Enquetekommission des Landtages eingesetzt werden. „Die Enquetekommission hat zum Ziel, dass bekannt gewordene Missbrauchsfälle aufgearbeitet



werden und konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Kinderschutzes, zur Verhinderung von sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen, sowie zur erfolgreichen Bekämpfung von Pädokriminalität erarbeitet werden“, informiert Kauroff.

Bereits 2008 machte die Gemeinde Wedemark im öffentlichen Raum auf die Kinderrechte aufmerksam. Die Straße der Kinderrechte wurde eingeweiht, auf der Kunstwerke, erstellt von Schülerinnen und Schülern, zu finden sind. Diese Idee wurde 2013 mit dem Projekt „Kinderrechte x16“ fortgesetzt. In jedem Ort der Wedemark ist ein Kinder- Kunstwerk zu finden, das die Rechte von Kindern anmahnt. Für dieses Projekt wurde der Arbeitskreis Kinderrechte Wedemark im Jahre 2014 mit dem Otto-Wels-Preis ausgezeichnet.

Rüdiger Kauroff machte sich mit dem Rad gemeinsam mit der SPD-Ortsvereinsvorsitzenden und Bewerberin um die SPD Bundestagskandidatur im Wahlkreis 43, Rebecca Schamber, dem SPD- Regionsabgeordneten und Ratsherrn Walter Zychlinski sowie dem Ratsherrn Larbi Amerouz auf den Weg und entdeckte dabei nicht nur sehr kreative Kinderkunstwerke, sondern bekam auf dem Rad auch eine ganz neue Perspektive auf die schöne Landschaft der Wedemark. „Die Wedemark hat mit dieser Straße wirklich etwas ganz Besonderes“, schwärmt Kauroff, der sich so etwas auch für Garbsen, seiner Heimatstadt, vorstellen könne.

„Die Kinderrechte sind seit 2009 in der Niedersächsischen Verfassung in Art. 4a verankert, womit der Verfassungsrang der Kinderrechte in Niedersachsen bereits anerkannt ist. Es wird Zeit, dass dies auch auf Bundesebene passiert. Kinderrechte gehören in unser Grundgesetz, um die besonderen Bedürfnisse und Rechte von Kindern auch besonders zu schützen“, betont Rebecca Chamber.

Vorstellung des Brand- und Hilfeleistungsberichts der Niedersächsischen Feuerwehren 2019:

In der letzten Septemberwoche hat SPD-Innenminister Boris Pistorius den Brand- und Hilfeleistungsbericht der Niedersächsischen Feuerwehren 2019 vorgestellt. Zum Bericht erklärt der feuerwehrpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rüdiger Kauroff heute in Hannover: „Unsere Feuerwehren leisten einen zentralen Beitrag zur Sicherheit in unserem Bundesland. Niemand mag sich vorstellen, was passiert, wenn es brennt, aber niemand kommt. Für unser gesellschaftliches Miteinander ist eine flächendeckende Brandbekämpfungsstruktur unerlässlich. „Insgesamt wurden im Jahr 2019 über 23.000 Brandeinsätze gefahren. „Unsere niedersächsischen Frauen und Männer in den Feuerwehren leisten großartige und unermüdliche Arbeit. Für meine Fraktion möchte ich ihnen für ihr tägliches und häufig ehrenamtliches Engagement danken!“, erklärt Kauroff weiter:



„Die Herausforderungen, mit denen sich die Einsatzkräfte konfrontiert sehen, nehmen konstant zu und stellen die Helferinnen und Helfer vor schwere Aufgaben. Vegetationsbrände, Hochwasser und Extremwittersituationen führen dazu, dass die Einsatzlagen sich nicht vereinfachen.“

Es sei erfreulich, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die sich in Feuerwehren engagieren, insgesamt weiter steige. Auch ist festzustellen, dass das Engagement in den Feuerwehren weiblicher wird – wenngleich, so Kauroff weiter, der Anteil noch viel zu gering sei: „Gleichzeitig stellen wir fest, dass die absolute Zahl an Menschen, die sich in Feuerwehren engagieren, recht stabil bleibt. Hier gilt jedoch weiterhin: Wir müssen weiter dafür werben, dass sich Mitbürgerinnen und Mitbürger freiwillig in unseren Feuerwehren engagieren. Hierzu braucht es weiterhin Imagekampagnen wie ‚Ja zur Feuerwehr!‘, um das Ehrenamt zu stärken und den so wichtigen Nachwuchs für die Organisationen zu gewinnen. Fest steht auch, dass unsere freiwilligen Helferinnen und Helfer die bestmögliche Ausrüstung benötigen, um im Einsatz das Leben anderer zu retten und ihr eigenes dabei nicht zu gefährden.“

Nur wenige Regionen in Niedersachsen verfügen über eine Berufsfeuerwehr, stellt Kauroff fest: „Daher bleibt das Ehrenamt die wichtigste Säule zur Brandbekämpfung in Niedersachsen. Wir müssen dringend dafür Sorge tragen, dass das Ehrenamt attraktiver wird und sich mehr Menschen in den freiwilligen Feuerwehren engagieren und auf diese Weise die Arbeitsfähigkeit für das Gemeinwohl sicherstellen.“ Kommende Woche starte die Arbeit der Enquetekommission Ehrenamt, sagt Kauroff. Diese habe zum Ziel, die Rahmenbedingungen des Ehrenamts in Niedersachsen zu verbessern, die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und freiwilligem Engagement zu stärken und letztlich auch die Sicherheit sowie den Schutz von Personen, die sich bürgerschaftlich engagieren, zu stärken. „Einsatzkräfte dürfen auf keinen Fall ins Fadenkreuz von Hass, Bedrohungen und Gewalt geraten. Wir müssen diese schützen, sie in ihrer Arbeit unterstützen und ihnen den Rücken freihalten“, betont der SPD-Politiker.

Mit dem Abschluss der Arbeit der Enquetekommission und ersten Handlungskonzepten ist im Jahr 2021 zu rechnen. Auch müssten, so der Innenpolitiker der SPD-Fraktion, die Ergebnisse der Strukturkommission „Einsatzort Zukunft – Niedersachsen stellt sich den Herausforderungen der Zukunft zur Sicherstellung des Brandschutzes“ zeitnah politisch beraten und umgesetzt werden.

Mein Team im Büro und im Wahlkreis:



Alexander Vogel

Dieter Linnemann

Jean Schramke



Herausgeber

Rüdiger Kauroff, MdL

Wahlkreisbüro: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Rüdiger Kauroff

Redaktion: Jean Schramke, Alexander Vogel

Fotos: SPD-Fraktion, Grafik: Jan Hartge